Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 4 (1978)
Heft: 5

Artikel: Mutterschaftsversicherung
Autor: est
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-358837

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mutterschaftsversicherung

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER OFRA:

MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG

(est) Die Delegiertenversammlung der OFRA tagte am 26.5.78 in Olten. Haupttraktandum war die Mutterschaftsversicherung. Der Ausschuss der an einer Lancierung interessierten Organisationen hat einen Kompromisstext ausgearbeitet, der nun von uns diskutiert werden musst (Der Text ist in der letzten Nummer der 'Emanzipation' abgedruckt). Die OFRA hält daran fest, dass der vorgesehene Elternurlaub ein volles Jahr dauern soll, und lehnt die Variante 9 Monate ab. Ebenso halten wir an der teilweisen bzw. ganzen Bezahlung dieses Urlaubes fest, und lehnen die Variante ab, die nur die volle Bezahlung für die unteren Einkommen fordert. Den Vorschlag der CVP, des LdU und des Frauenrechtsverbandes, den Kündigungsschutz für die Dauer des Elternurlaubes aufzuheben, lehnen wir eindeutig ab, weil damit der Elternurlaub illusorisch würde. Ausser ein paar präzisierenden Änderungen hat die OFRA somit den Text des Ausschusses als tragfähigen Kompromiss der interessierten Organisationen eingeschätzt und hofft nun, dass die Organisationen, die vor einem Jahr so lautstark den Alleingang der OFRA beweint haben, nun auch tatsächlich die Initiative mitlancieren werden. Nach Zeitplan werden die gewünschten Änderungen aller Organisationen bis Ende Mai erwartet, am 17. Juni findet eine letzte Sitzung für die Bereinigung des Textes statt, so dass die Initiative Mitte September gestartet werden kann. Die 3-monatige Frist von Juni bis September hat sich die SP ausbedungen, um die Initiative durch die Parteigremien schleppen zu können. Wir sind allerdings sehr skeptisch, ob die SP nach der Lancierung von zwei neuen Initiativen (Bankeninitiative und Ferieninitiative) überhaupt noch fähig und Willens ist, eine dritte Initiative mitzulancieren. In diesem Fall, so hat die Delegiertenversammlung beschlossen, werden wir die Initiative trotzdem mit der FBB zusammen lancieren. Das heisst für uns, dass wir im September ganz unheimlich an die Arbeit müssen, denn 50'000 Unterschriften müssen wir sichern.

Abgelehnt !

(est) Mit aller Deutlichkeit hat das Schweizer Stimmvolk das neue Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch bachab geschickt. Überrascht hat das keine Frau. Das Gesetz war von konservativer und von fortschrittlicher Seite unter Beschuss geraten. Entsprechend sind auch die Resultate ausgefallen: den grössen Prozentsatz der Nein-Stimmen weisen der Kanton Wallis, Genf und Neuenburg auf. Die Walliser befürchten eine Liberalisierung ihres heutigen Zustandes, während die Genfer und Neuenburger eine Einengung ihrer liberalen Praxis verhindern wollten. Alle Kantone haben mit 60 – 80 % abgelehnt.

Die Spaltung um dieses Gesetz ist von kaum zu überwindender Tiefe: auf der einen Seite stehen die konservativen, katholischen und ländlichen Kantone, auf der anderen Seite die fortschrittlichen, reformierten und städtischen Stände. Gefochten wird allerdings mit ungleichen Spiessen. Die konservativen Kantone haben es durch ihr Übergewicht beim Ständemehr in eidgenössischen Abstimmungen in der Hand, jede Liberalisierung zu verhindern, auch wenn sie das Volksmehr erreicht.

WIE WEITER

Wie kann es also in dieser Situation weitergehen? Dass das geltende Recht überholt ist, dürfte vielen klar sein, aber wie wir es ändern in der gegenwärtigen politischen Konstellation, ist sehr schwierig. Dass die OFRA nach wie vor die Fristenlösung, als einzig möglichen Kompromiss in der Auseinandersetzung, annehmen kann, ist in unseren Reihen immer wieder betont worden. Die verschiedenen Möglichkeiten, wie wir weiterkämpfen wollen, müssen jetzt in allen Gruppen der OFRA ausführlich diskutiert werden.

Meiner Meinung nach gibt es folgende Möglichkeiten:

1. Wir sammeln eine neue Fristenlösungsinitiative, mit kleinen Textmodifikationen;
2. Wir kämpfen auf den Grundlagen des heutigen Gesetzes in den Kantonen für weitere Liberalisierungen und Verbesserungen (Tarife, Beratungsstellen, liberale Praxis);
3. Wir streben eine föderalistische Lösung an. Dies bedingt die Streichung des entsprechenden Verfassungstextes. Mittel dazu wären: Vorstösse in den eidg. Räten, Standesinitiativen oder eine eidg. Volksinitiative mit dieser Forderung.

Frauen, diskutiert alle Möglichkeiten, vielleicht kommen euch noch weitere in den Sinn. Lasst euch nicht unterkriegen, wir kämpfen weiter, denn wir wissen, dass 49 % des Schweizer Stimmvolkes zur Fristenlösung JA gesagt haben.

Solidarität mit Chile

Die Delegiertenversammlung der OFRA hat 2 Telegramme verabschiedet, die ihre Solidarität mit den 40 Frauen bekunden, die im UNICEF-Gebäude und in 3 Kirchen von Santiago de Chile einen Hungerstreik durchführen. Sie fordern volle Information über die Gefangenen und Verschollenen des Pinochet–Regimes, sowie Straffreiheit für alle, die sich im Hungerstreik befinden.

Offener Brief an die CVP

BETRIFFT:
PETITION FÜR EINE ECHTE MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG

Sehr geehrte Damen,

obwohl wir grundsätzlich jeden Vorstoss für eine Verbesserung des Mutterschutzes in der Schweiz unterstützen und befürworten, verstehen wir nicht, warum Sie Ihre Petition "für eine echte Mutterschaftsversicherung" ausserhalb der Aktivitäten des seit einem halben Jahr arbeitenden "Ausschuss Mutterschutz;Initiative" lanciert haben. Auf Ihre Anregung hin hat die OFRA vor einem Jahr zu Verhandlungen eingeladen, an denen die Vorbereitungen einer gemeinsamen Mutterschutz–Initiative an die Hand genommen wurden. Auf ein alleiniges Vorgehen haben wir im Interesse der gemeinsamen Sache verzichtet.

Die Delegiertenversammlung der OFRA vom 26.5.78 in Olten ruft alle Frauenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, die an einer Verbesserung des Mutterschutzes in der Schweiz interessiert sind auf, sich voll an den Vorbereitungen der demnächst zu lancierenden gemeinsamen Volksinitiative für einen wirksamen Mutterschutz zu beteiligen.

26.5.78, Die Delegiertenversammlung der OFRA (Organisation für die Sache der Frauen)